

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 52.
Anzahl der Abnehmer:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.
Abonnementpreis viertelj. 4/2, Mt.,
incl. Fracht 5 Mt.,
durch die Post bezogen 6 Mt.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungsplan 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 36 Pf.
mit Postförderung 48 Pf.
Jahrespreis 5 Gr. 10 Pf. 20 Pf.
Wöchentliches Blatt unserm
Preisverzeichniß. — Tabellenblätter
nach höherem Tarif.
Kartons unter dem Nachdruck
die Spalte 40 Pf.
Zufolge sind nicht an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

№ 179.

Freitag den 28. Juni 1878.

72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalswechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten **Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.**

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Bei dieser Armenanstalt sind die Herren Dr. J. Cohn, Sidonienstraße Nr. 39/40 und G. Arzberger, Krtz. Colonadenstr. Nr. 18, als Armenärzte in Pflicht genommen worden. Ersterer hat die Districte XXI, XXV, letzterer die Districte XIX, — mit Ausnahme der 4. Pflanz, welche zu den Districten des Herrn Dr. Laube gehört — XX, XXIII, XXVI für Verwaltung übernommen. Das Armendirectorium. Schleichner. Dentschel.

Zur Arbeiter-Entlassungsfrage.

In unseren Arbeiterkreisen fängt es an zu togen. In vielen reist bereits von selbst die Entlassung, sich den Hefeln einer terroristischen Agitation zu entreißen, die ihre Lage bisher nicht gebessert, sondern nur verschlimmert hat. Dieser günstige Umstimmungsprozess muß von Seiten der Arbeitgeber mit weiser Mäßigkeit gefördert werden, und zwar muß, wo es nur irgend angeht, statt der schroffen, rücksichtslosen Entlassung der mildere Weg der Belehrung, des freundlichen Zuredens und Zuwartens versucht werden. Wir brachten neulich einen Vorgang dieser Art aus Berlin zur Kenntnis, und freuen uns, heute ein nicht minder schönes Beispiel aus Leipzig anführen zu können. Die Direction der Leipziger Wollkammerei hatte bei Beginn der antisocialistischen Bewegung den Entschluß zu erkennen gegeben, die der Umkleypartei angehörenden Arbeiter vorläufig in ihren Stellen zu belassen, damit sie dem besten Einfluß ihrer andergerichteten Mitarbeiter nicht entzogen würden.

Als Antwort hierauf wurde der Direction die nachstehende, aus eigener Initiative der Arbeiter hervorgegangene, vom gesammten Personal unterzeichnete Erklärung überreicht: „Wir Unterzeichnete, Beamte und Arbeiter der Leipziger Wollkammerei, erklären der verehrten Direction, daß wir dem social-demokratischen Treiben fern stehen, daß Niemand von uns Mitglied eines derartigen Vereines ist und daß wir in Zukunft jene Versammlungen nicht mehr besuchen werden. In der humanen Behandlung, deren wir uns zu erfreuen haben, sehen wir ein wirksameres Mittel als in Gewaltmaßregeln, um diejenigen, welche in dem Wunsche, ihr Loos zu verbessern, auf Irrwege gerathen sind, auf den rechten Weg zurückzuführen.“

Diese letzteren Worte, von schlichten Arbeitern gesprochen, sind goldene Worte, die wir allen Arbeitgebern dringend ans Herz legen möchten. Letztere können sehr viel zur Herstellung des socialen Friedens thun. Möge Jeder sich in diesen ersten Tagen gewissenhaft vornehmen und sich fragen, ob er denn seinerseits immer seine Pflicht erfüllt hat, ob er immer gewesen ist, was er schon in seinem eigenen Interesse sein sollte: ein strenger, aber liebevoller Vetter, ein Berater und Freund seiner Arbeiter?!

Ueber dasselbe Thema schreibt die „Social-Correspondenz“: „Die Nachrichten, daß man hier und da mit der Entlassung socialistischer Arbeiter vorgeht, wehren sich. Nach unserem Dafürhalten muß ein so schroffes Vorgehen auf dem Gebiete des bürgerlichen und gewerblichen Lebens das Gegenheil von dem erzielen, was es bewirken soll. Man muß offenbar bei der Bekämpfung der Socialdemokratie einen Unterschied machen zwischen den Behörden und Verführten einerseits und den Verführern andererseits. Gegen letztere, gegen die socialdemokratischen Agitatoren, gegen die unverbesserten Socialisten richtet sich die Spitze der antisocialistischen Bewegung. Der verleitete Arbeiter, welcher wohl vorübergehend socialistische Anschauungen billigt, socialdemokratische Blätter liest oder auch einem socialistischen Reichstagscandidaten seine Stimme gegeben hat, ist mit Ernst und Wohlwollen auf die verderblichen Wirkungen und Ziele der socialdemokratischen Bewegung hinzuweisen und ohne harte Maßnahmen auf den richtigen Weg zurück zu führen. Es muß dem Takte und dem Pflichtgefühl jedes Arbeitgebers überlassen bleiben, wie in jedem Falle unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse zu verfahren ist. Aber wir müssen dringend von ungerechten Härten abmahnen und zu bedenken geben, daß der Socialismus, welcher zum großen Theil durch die Sorg-

losigkeit und Unthätigkeit der gebildeten Classen zu seiner heutigen Entwicklung geblieben ist, nicht mit einem Schläge vernichtet werden kann. Die ausgetretenen Gewässer müssen durch eine besonnene und sorgfältige Thätigkeit eingedämmt werden. Ein Fehlgriffen in der Wahl der richtigen Mittel wäre schlimmer als Nichtsthan.“

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 27. Juni.
Das Programm der Regierung liegt nunmehr in der „Provinzial-Correspondenz“ vor. Daß die Regierung, was die Bekämpfung der Socialdemokratie anlangt, den Weg der Gesetzgebung in der Richtung der früheren Vorlage beschreiten will, war aus dem preussischen Aufhebungsantrage bereits bekannt. In der neuen Vorlage werden indessen „entschiedenere Bürgschaften für die praktische Ausführung und die Wirksamkeit der betreffenden Bestimmungen“ — in welcher Beziehung der frühere Gesetzentwurf der Kritik befalliglich die bedenklichsten Blößen darbietet — in Aussicht genommen. Wir werden diese Vorlage abwarten haben. Rückblicklich der sonstigen, d. h. der normalen Aufgaben der Gesetzgebung beschränkt sich das Programm auf die „seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete.“ Die Regierung will Fortführung der Verbesserung der Gewerbeordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse — dasselbe will, laut Wahlaufsatz ihres Centralcomité, die national-liberale Partei. Die Regierung will eine Steuerreform, deren Zweck nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und erspriesslichen Finanzpolitik des Reiches, und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglicher Schonung der Steuerkraft des Volkes ist — dasselbe will die national-liberale Partei. Die Regierung will in der Handelspolitik die thatsächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumption, sorglich gewahrt, dabei jedoch die seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte festgehalten wissen — dasselbe will die national-liberale Partei. Gegen eine energische Entwidlung des Verkehrswezens und die sorgliche Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik hat die national-liberale Partei auch nichts einzuwenden. Worüber also streiten wir eigentlich? Möge die Regierung nur über diese Allgemeinheiten endlich einmal hinauskommen und mit festen, durchgearbeiteten Reformplänen vor den Reichstag treten, alsdann wird sich bald genug zeigen, ob eine „feste Majorität“ dieselben unterstützen will. Wie die Dinge heute liegen, wird sich schwerlich ein Wahlcandidat auf den ihm in seinen Einzelheiten unbekanntem Steuerreformplan der Regierung unbedingt verpflichten lassen wollen.

Es heißt in dem erwähnten Programm-Artikel der „Provinzial-Correspondenz“: „Die Regierungen wägen freilich nicht, daß die Maßregeln haushälterischer Einsparung für sich allein im Stande sein sollten, die socialistischen Bestrebungen durchgreifend zu heilen und zu überwinden, — sie sind vielmehr überzeugt, daß die gesetzliche Vorsehr nur dazu dienen kann, zunächst den Boden wieder frei zu machen für eine positiv heilende Wirksamkeit aller dazu berufenen staatlichen, kirchlichen und bürgerlichen Kräfte. Die Regierungen erkennen es als eine ihrer höchsten Aufgaben, diese von innen heraus bessernde Wirksamkeit auf jede Weise anzuregen, zu beleben und mit Rath und That zu fördern, — aber als die unerlässliche Vorbereitung für jedes Gelingen in dieser Beziehung erachten sie, daß jüdischer verführerischer Agitation, welche jeder wohlthätigen Einwirkung den Boden vorenthält, die bisherige Gewalt entzogen werde.“

Indem die Regierungen aber in der hierdurch gebotenen energischen Bekämpfung der Socialdemokratie nicht bloß eine dringende Nothwendigkeit des Augenblicks, sondern zugleich eine Bedingung für die Wiederbelebung des öffentlichen Vertrauens und für einen neuen Aufschwung des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens der Nation erkennen, müssen sie von dem künftigen Reichstage auch eine bereitwillige und fräftige Unterstützung für die seit Jahren vorbereiteten Reformen auf dem gewerblichen und finanziellen Gebiete erwarten.

Im engeren Zusammenhange mit dem Kampfe gegen die socialistischen Bestrebungen und gegen die angestrebte Förderung aller sittlichen Bande in den gewerblichen Kreisen werden die Bestrebungen, die Gewerbe-Ordnung unter Festhaltung ihrer Grundlagen und unter Berücksichtigung der hervorgetretenen praktischen Bedürfnisse zu verbessern, in dem bisherigen Geiste fortzuführen sein.

Seit langer Zeit ist das Streben der Regierungen ferner auf eine wirtschaftliche Reform gerichtet, von welcher sie eine allseitige Erleichterung der finanziellen Verhältnisse des Reiches und der einzelnen Staaten und somit einen neuen Aufschwung der Volkswirtschaft erwartet.

Aus den darüber gepflogenen Verhandlungen geht für jeden Unbefangenen hervor, daß der eigentliche bestimmende Grund und Zweck dieser Reform im Sinne der Regierung nicht die Vermehrung der Steuerlast des Volkes, sondern vor Allem die feste dauernde Begründung einer selbstständigen und erspriesslichen Finanzpolitik des Reiches, und zwar unter wesentlicher Erleichterung der Einzelstaaten und behufs möglicher Schonung der Steuerkraft des Volkes ist.

Die leitenden Gesichtspunkte, von denen der Reichstagler und die verbandlichen Regierungen bei ihrem Reformplan von vorn herein ausgingen, bezeichnen nach wie vor in voller Kraft und bleiben maßgebend für das weitere Vorgehen der Regierungen: einerseits die Selbstständigkeit der Reichsfinanzen und zu dem Zweck die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches; — andererseits die überwiegende Heranziehung und Ausnutzung der dazu vorzugsweise geeigneten indirecten Steuern, um gleichzeitig die seit Jahren gefestigten Anforderungen der directen Besteuerung im Staate, sowie in den Kreis- und Communalverbänden vermindern zu können.

Unter den Verbrauchsgegenständen, durch deren höhere Besteuerung eine Vermehrung des Reiches in bedeutendem Umfange zu erreichen ist, steht nach alldem Anerkenntnis in erster Linie der Tabak, dessen höhere Besteuerung mit Wichtigkeit den größten Theil der wünschenswerthen Mehreinnahmen für das Reich einbringen kann. Ob dabei die Form des Monopols (?) oder eine hohe Fabriksteuer oder ein anderer Modus und Wege zu wählen sein wird, bleibt von dem Ergebnisse der mit Zustimmung des Reichstages eingeleiteten Enquete abhängig.

Die Sorge der Regierungen ist in jeder Beziehung auf die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Volkes gerichtet; auch in der Handelspolitik sollen bei der weiteren Entwicklung, unter Festhaltung der seit Gründung des Zollvereins stetig beachteten grundsätzlichen Gesichtspunkte, in jeder Beziehung die thatsächlichen Interessen und Bedürfnisse des gesammten nationalen Verkehrs, der Production wie der Consumption, sorglich gewahrt werden.

Eine energische Entwidlung des Verkehrswezens (der Eisenbahnen, Canäle u. s. w.) und die sorgliche Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Interessen innerhalb der Eisenbahnpolitik werden einen mächtigen Hebel abgeben, die vaterländische Productionsfähigkeit zu heben.

Die Regierungen können aber in allen diesen Beziehungen ihre Absichten für die Wohlfahrt und das Wohleben des Volkes nur durchführen, wenn sie der Willigen und entschlossenen Unterstützung einer festen Mehrheit im Reichstage gewiß sind. Möge das deutsche Volk bei den bevorstehenden Wahlen dazu helfen, daß die künftige Mehrheit aus Männern bestehe, denen das aufrichtige und erfolgreiche Zusammenwirken mit den Regierungen nicht bloß unter den augenblicklichen außerordentlichen Umständen, sondern auch bei den weiteren Arbeiten für eine gesunde politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reiche erst am Herzen liegt.

Der Blick in den Abgrund religiösen und sittlichen Verfalls, aus welchem solche Verbrechen aufsteigen, ist erschütternd und beschämend“, so meldet der Aufruf. Diese Gefühle, so berechtigt sie sind, entwickelt jedoch der Aufruf des Centrums einzig zu dem Zwecke, um sie alsbald nach ihrem Auftreten dem Liberalismus auf den Hals zu werfen, der die ganze Last der Erschütterung und Beschämung des Centrums dann schließlich zu tragen hat. Damit fühlt sich denn das Centrum selbst frei und abfolvert. Von der methodischen Aufreizung und Verbeugung gegen fast alle Einrichtungen des Staates, welche die ultramontane Agitation nun seit Jahren bejagt hat, ist den in olympischer Ruhe thronenden Centrumsmitgliedern abfolirt nichts bekannt geworden. Nicht man den Aufruf, so könnte man glauben, daß von jener Seite nicht das Mindeste geschehen ist, um das Ansehen des Staates in den Massen zu erschüttern. Auch ist es offenbar der Liberalismus, der den „berechtigten Widerstand“ gegen den Staat gepredigt hat. Ebenso wenig sind es nicht die Reactionen gewesen, welche es vorzogen, das katholische Volk ohne Priester und die Kirche ohne Leiter zu lassen, lieber als sich auch nur in einer zur Principienfrage erhobenen Formfrage den Gesetzen zu unterordnen. Erwünscht wäre ferner eine Auskunft, ob etwa der „Liberalismus“ die Socialdemokratie direct mit Stimmen und Unterschriften unterstützt hat; für das Centrum braucht man in dieser Beziehung die Nachweise nicht erst zu geben. Im Uebrigen währt die Partei sich für alle Eventualitäten die Politik der freien Hand. Die Sätze nehmen regelmäßig den bekannten großen Anlauf, um mit einer ziemlich harmlosen Phrasen abzubrechen. Selbst das Militairgesetz ist nur der Aufmerksamkeit der Centrumsmitglieder empfohlen; kein leiches Wort behält sich das Centrum auch hier vor.

In der letzten Plenar Sitzung des Bundesraths (am Dienstag) unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramts, Staatsministers Hofmann, wurde der Ausschussbericht erstattet über die Ernennung der Mitglieder für die Commission zur Untersuchung der Lage der deutschen Eisen- u. Industrie. Den Ausschussvorschlügen entsprechend wurden 5 Mitglieder der Commission gewählt und zwar der königl. preuss. Bergbaupräsident Serlo in Breslau als Vorsitzender, der kaiserl. Geheimen Ober-Regierungsrath Huber, der königl. bayerische Staatsrath v. Schür, der Geh. Commerzienrath Stamm aus Frankfurt, der Consul D. v. Meier aus Bremen.

Dem „Hannoverschen Courier“ wird aus zuverlässiger Quelle die Nachricht bestätigt, daß zwischen dem Prinzen Ernst August von Hannover und der preussischen Regierung ein Vertrag zu Stande gekommen ist. Derselbe geht im Wesentlichen dahin, daß der Prinz den Titel: „Herzog von Cumberland und Erzbischof von Braunschweig-Lüneburg“ annimmt und daß jetzt beschlagene und von der königlichen Verwaltungs-Commission verwaltete Vermögen König Georg V. ihm ausgeliefert wird.

Der deutsche Generalpostmeister Dr. Stephan ist mit dem Stern der Großofficiere der Ehrenlegion decorirt worden.

Nach Mittheilungen, die über Paris kommen, hat der in Berlin anwesende Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Waddington, in der bulgarischen Organisationsfrage einen Entwurf vorgelegt, über welchen der Congress berath. Im Ganzen erwartet man, daß die bulgarische Frage in einigen Sitzungen erledigt sein wird. Montenegro und Serbien sind, bevor der Congress die Feststellung der an beiden Fürstenthümer behandelt, sich mit Anreue über Einschlägiges verständigt, Kaufhalle 7. Fragen wesentlich als Special-Adressen werden.

Prinz Friedrich Carl v. Althor, Keco Hol.

Prinz Friedrich Carl v. Althor, Keco Hol.

Prinz Friedrich Carl v. Althor, Keco Hol.